

Dringliche Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB): Gewaltmonopol einer modernen Stadt gehört der Polizei

Der Gemeinderat hat sich in seiner Medienmitteilung vom 16. Februar 2011 in Zusammenhang mit dem geplanten Sicherheitskonzept für die obere Altstadt gegen das Vorhaben der Direktion SUE ausgesprochen, private Ordnungsdienste mit der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu betrauen. Er unterstreicht in seiner Medienmitteilung, dass für die öffentliche Sicherheit allein die Kantonspolizei zuständig ist und lehnt den privaten Sicherheitsdienst im öffentlichen Raum ab. Diese klare Position des Gemeinderats in dieser Sache freut uns sehr.

Die Stadtratsparteien waren sich selten so einig wie in dieser Frage, dass nämlich das Gewaltmonopol beim Staat sein muss und die Polizei dafür zuständig ist. Die bürgerlichen Parteien haben diesbezüglich an der Stadtratssitzung vom 17. Februar 2011 eine dringliche Motion mit dem Titel „Gewaltmonopol soll bei der Polizei bleiben“ eingereicht. Der Titel der Motion freut uns ebenfalls – allerdings ist der Inhalt des Vorstosses bereits obsolet geworden.

Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum ist ein heikles Thema und brennt seit längerer Zeit. Bisher haben sich indes weder die bürgerlichen Parteien noch der Gemeinderat so klar geäußert, dies obwohl mehrere Studien auf die Risiken und die Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit hingewiesen und auch die Polizei-Organen sich verschiedentlich gegen den Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum geäußert haben.¹

Letzten Sommer hat der Gemeinderat auf eine Interpellation unserer Fraktion hin (10.000123) die Liste der in der Stadt Bern vom Gemeinderat beauftragten Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum bekannt gegeben. Wenn sowohl der Gemeinderat als auch die Stadtratsparteien sich jedoch einig sind, dass das Gewaltmonopol der Polizei gehört, ist die Auflösung der Verträge mit den privaten Sicherheitsdiensten eine logische Folge und muss umgehend erfolgen. Übrigens kosten diese Aufträge die Stadt Bern jährlich 1.6 Millionen Franken.

Daher beauftragen wir den Gemeinderat, alle mit den privaten Sicherheitsdiensten eingegangenen Verträge aufzulösen respektive nach Ablauf der Vertragsdauer nicht mehr zu verlängern. Ausgenommen ist der Vertrag für Parkkontrollen: ruhender Verkehr.

Begründung Dringlichkeit:

Da am 17. Februar 2011 eine ähnliche für dringlich erklärte Motion mit dem Titel „Gewaltmonopol soll bei der Polizei bleiben“ eingereicht wurde, macht es Sinn, beide Motionen zusammen im Stadtrat zu behandeln, um eine Wiederholung der Diskussion zu vermeiden.

¹ „Sicherheit“ ist eine staatliche Kernaufgabe, das staatliche Gewaltmonopol ein Wesensmerkmal jedes modernen Staates. Zu diesem Schluss kommt der Rechtsprofessor Walter Kälin in einem Gutachten, welches er für den Verband der Schweizerischen Polizeibeamten (VSPB) im Jahr 2006 erstellt hat (Kälin, Walter/Lienhard, Andreas/Wytenbach, Judith: Auslagerung von Sicherheitspolizeilichen Aufgaben auf private Sicherheitsunternehmen in der Schweiz, Basel 2007). Der Auslagerung von polizeilichen Aufgaben an private Sicherheitsfirmen seien enge Grenzen gesetzt, so Kälin. Unzulässig sei die Übertragung solcher Aufgaben auf Private, wenn die Aufgabenerfüllung mit der Anwendung von Zwang verbunden sei, so zum Beispiel Personenkontrollen, Anhalten von Personen oder erkennungsdienstliche Massnahmen. Heikel sei die Auslagerung grundsätzlich bereits dann, wenn bei der Aufgabenerfüllung Ermessensentscheide getroffen werden müssen.

Bern, 3. März 2011

Dringliche Motion Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB), Aline Trede, Urs Frieden, Jeannette Glauser, Cristina Anliker-Mansour, Rahel Ruch, Regula Fischer, Lea Bill, Stéphanie Penher, Luzius Theiler, Rolf Zbinden

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Es macht wenig Sinn, sämtliche bestehende Verträge mit privaten Sicherheitsdiensten ohne nähere Prüfung aufzulösen. Der Gemeinderat ist aber bereit, diese Dringliche Motion als Postulat entgegen zu nehmen und zu prüfen, welche Verträge vor dem Hintergrund des Auftrags und einer anderweitigen Aufgabenübertragung aufgelöst werden könnten. Die Anliegen werden insbesondere im Rahmen einer allgemeinen Überprüfung der Verträge mit Sicherheitsdiensten und der zukünftigen Strategie im Zusammenhang mit Sicherheitsanliegen zu prüfen sein.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Allfällige Auswirkungen werden im Prüfungsbericht dargelegt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen, er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 30. März 2011

Der Gemeinderat